

Ökologische Wende vs. Sozialpolitik?

Beim Vernetzungsworkshop "Ökologische Wende vs. Sozialpolitik? - Zielkonflikte, potenzielle Synergien und zivilgesellschaftliche Innovationen" des Deutschen Naturschutzrings am 21. Januar 2013 in Berlin diskutierten VertreterInnen aus Umweltorganisationen, Sozialverbänden, Entwicklungszusammenarbeit, Verwaltung und lokalen Initiativen über Bruchstellen und Schnittmengen zwischen Sozial- und Umweltpolitik. Allen TeilnehmerInnen gab der Workshop neue Impulse für den Schulterschluss zwischen Sozial- und Umweltverbänden.

Wir müssen und wir können den sozial-ökologischen Gesellschaftswandel vorantreiben – und wir werden es nur gemeinsam schaffen. Das ist die Kernbotschaft des Vernetzungsworkshops, zu dem der Deutsche Naturschutzring im Rahmen des Projekts "Generationengerechtigkeit als sozial-ökologische Herausforderung" eingeladen hatte. Klimawandel, Verlust von Artenvielfalt, Ressourcenknappheit – der ökologische Umbau ist erforderlich, damit auch zukünftige Generationen einen lebenswerten Planeten vorfinden. Aber kann die ökologische Wende gelingen, ohne soziale Ungerechtigkeit zu verschärfen und neue soziale Gräben zu reißen? Oder kann Gerechtigkeit nur durch das Zusammendenken von Ökologie und Sozialem erreicht werden?

Diese und andere Fragen standen im Zentrum der angeregten Debatten des Tages. Nach drei einleitenden Impulsvorträgen diskutierten die TeilnehmerInnen in drei Dialogforen zu den Themen Stadtnatur, Energiewende und Ernährungsstile. In den Diskussionen wurde deutlich: Trotz mancher Unterschiede eint alle der Wunsch und der Wille, echte Nachhaltigkeit zu schaffen. Das kann nur gelingen, wenn Ökologie und Soziales zusammen gedacht werden. Schon jetzt zeigen verschiedene kleinere Projekte und lokale Initiativen beispielhaft, wie der sozial-ökologische Umbruch und ökologische Gerechtigkeit geschaffen werden können: In München zum Beispiel gelang es dem erfolgreichen Projekt „Bio für Kinder“, in mehreren Schulen und Kindergärten das Speiseangebot zu 100 Prozent auf Bio-Ernährung umzustellen. Weniger Fleisch, vorwiegend regionale und saisonale Produkte sowie optimierte Speisemengen sorgten für faire Preise bei durchschnittlichen Mehrkosten von 30 Cent. Aber auch der Caritas Stromspar-Check oder die zahlreichen Transition Initiativen in deutschen Städten zeigen, dass Umweltschutz und Sozialpolitik Hand in Hand gehen und nur gemeinsam wirklich erfolgreich sind.

Dennoch waren sich die TeilnehmerInnen und ReferentInnen darüber einig, dass innovative Modellprojekte allein kein Umdenken in Gesellschaft und Politik bewirken könnten. Es brauche eine breite zivilgesellschaftliche Bewegung aus der Mitte der Gesellschaft, da „die politischen Kräfte heute viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt sind, um ihre Gestaltungsaufträge wahrzunehmen“, erklärte Michael Zschesche vom Unabhängigen Institut für Umweltfragen. Auch der Vorsitzende der Naturfreunde Deutschlands, Michael Müller, forderte eine „Repolitisierung der Gesellschaft“. Allgemein tritt die Notwendigkeit des Zusammendenkens von Umwelt und Sozialem immer stärker in den Fokus der Debatte. Ob der Transformationskongress von DNR, EKD und DGB zur sozial-ökologischen Umgestaltung der Gesellschaft, eine Fachkonferenz des BfN zu Naturschutz und Gerechtigkeit oder das Bündnis aus Sozial- und Umweltakteuren innerhalb der Klima-allianz, das sich für eine sozial gerechte Energiewende stark macht – Das Thema gewinnt an Relevanz!

Aber auch die Politik wurde in die Pflicht genommen, Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Gesellschaftspolitik zu schaffen. So formulierten die TeilnehmerInnen Forderungen für eine sozialgerechte Energiewende, wie zum Beispiel den Abbau von Industrievergünstigungen, die Aufstockung von Sozialtransfers in Verbindung mit flächendeckender kostenloser Energiesparberatung oder die Förderung der energetischen Gebäudesanierung. Parallel zur politischen Förderung der Energiewende wurde auch der Ruf nach einem Aktionsplan für ökologische Landwirtschaft laut. Dieser solle neben einem klaren Bekenntnis zum Ökolandbau zum Beispiel

Greeningmaßnahmen für konventionelle Landwirtschaftsbetriebe und eine gezielte Förderung gesunder und ökologischer Lebensmittel enthalten.

Auch der Bundesvorsitzende des BUND, Prof. Dr. Hubert Weiger, forderte in seiner Keynote eine Politik, die Rahmenbedingungen für eine ökologische und gesunde Ernährung schafft und die Grundlage für eine sozial ausgewogene Energiewende legt. Gerade auch die Umweltbewegung, so Weiger, sei gefordert sich den neuen, sozial-ökologischen Herausforderungen zu stellen und sich im Rahmen neuer, starker Allianzen für eine verbesserte und nachhaltige Lebensqualität einzusetzen. Lisi Maier, Vorsitzende des BDKJ und Bundesvorsitzende des Deutschen Bundesjugendrings, appellierte in ihrer Keynote an die Politik, ökologische und soziale Interessen gemeinsam zu denken und nicht gegeneinander auszuspielen. Nachhaltigkeit sei kein Luxus der westlichen Welt, sondern eine Notwendigkeit für den sozialen Frieden weltweit.

Gleichzeitig ermahnte die BDKJ-Vorsitzende aber auch die Umwelt- und Sozialverbände, die jungen Menschen nicht zu vergessen. Viel zu oft würden die Bedürfnisse der Jugendlichen vernachlässigt, dabei brauche die sozial-ökologische Transformation ihre Unterstützung und Tatkraft. Eines aber ist Lisi Maier und allen TeilnehmerInnen des Workshops klar: „Eine ökologische und nachhaltige politische Orientierung ist echte Sozialpolitik – für die Jugend von heute und für die Gesellschaft von morgen!“